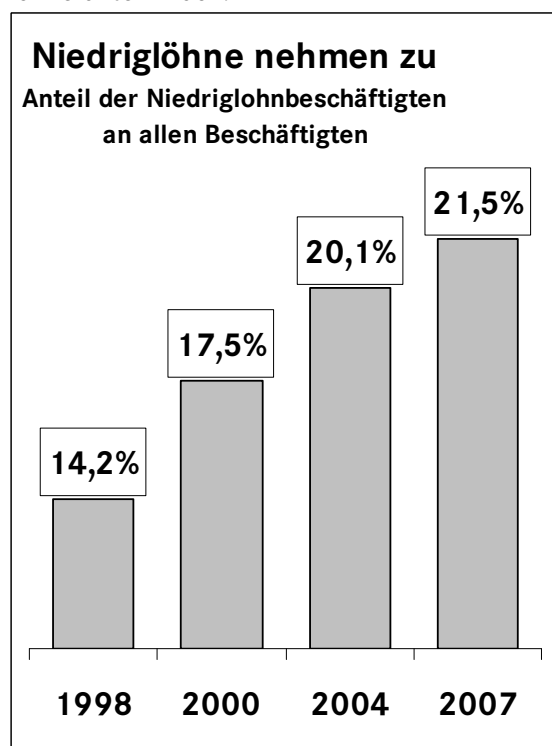


Niedriglöhne bekämpfen! Zehn Euro Mindestlohn!

Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst rasant. Im Jahr 2007 mussten bereits 21,5 Prozent der Beschäftigten für einen niedrigen Lohn arbeiten. Das sind 6,5 Millionen Menschen. Über 70 Prozent davon sind Frauen.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben die Ausweitung des Niedriglohnsektors massiv vorangetrieben. Agenda 2010, Hartz IV, die Förderung von Leiharbeit und Minijobs – all das folgt dem Motto „Hauptsache Arbeit, egal wie schlecht die Bedingungen sind“. Erwerbslose werden unter Androhung von Leistungskürzungen gezwungen, auch schlecht bezahlte und unsichere Jobs anzunehmen. Das setzt alle Beschäftigten und ihre Löhne unter Druck.



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation

Niedrige Löhne treffen besonders Menschen, die einer prekären Beschäftigung nachgehen. Über 80 Prozent der Minijobberinnen und Minijobber müssen sich mit niedrigen Löhnen begnügen. Ebenso geht es zwei Drittel der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und 40 Prozent der befristet Beschäftigten. Wer einer regulären Beschäftigung nachgeht, ist auch nicht immer vor Dumpinglöhnen

geschützt. Immerhin elf Prozent der normalen Stellen werden schlecht entlohnt. Aber was ist eigentlich ein niedriger Lohn? Nach Berechnungen der OECD und des statistischen Bundesamtes liegt die Niedriglohnschwelle bei einem Bruttolohn von 9,85 Euro pro Stunde. Das entspricht zwei Dritteln des mittleren Stundenverdienstes. Wer weniger verdient, ist dem Niedriglohnsektor zuzurechnen.

DIE LINKE setzt sich für mehr gute und sichere Arbeit ein! Hungerlöhne und prekäre Jobs sind nicht vom Himmel gefallen, sondern von der Politik gefördert. Es geht aber auch anders!

DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild, der in der nächsten Wahlperiode auf zehn Euro steigt. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn definiert eine feste Untergrenze, unter die kein Lohn fallen darf. Die Höhe des von uns geforderten Mindestlohns entspricht den Berechnungen der OECD und des Statistischen Bundesamtes. Was in 20 Ländern der Europäischen Union funktioniert, muss auch in Deutschland endlich Wirklichkeit werden. In Frankreich liegt der Mindestlohn bei 8,82 Euro und in Luxemburg bei 9,73 – ohne dass deshalb die Arbeitslosenzahlen steigen.

DIE LINKE will aber auch prekäre Beschäftigung insgesamt eindämmen und letztlich abschaffen. Wir fordern, dass jede Stunde Arbeit der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegt. Schlecht bezahlte Minijobs dürfen nicht weiter durch verminderte Steuern und Sozialabgaben subventioniert werden. Die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne sachlichen Grund wollen wir verbieten.

Leiharbeit muss strikt begrenzt werden. Wie eine Regulierung dieser Beschäftigungsform aussehen kann, machen unsere europäischen Nachbarn vor. In Frankreich gilt das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Leiharbeitskräfte bekommen darüber hinaus eine „Prekaritätsprämie“ in Höhe von zehn Prozent der Lohnsumme. Auch hier gilt: Besser von den Nachbarn lernen als im Sumpf der Niedriglöhne zu versinken.

Redaktionsschluss: 27. August 2009